



## LANDESHAUSHALT 2005 UND 2006

## Polizei Schwerpunkt

**Mit einem straffen Sparkurs und dem Verkauf von „Tafelsilber“ wollen Ministerpräsident Kurt Beck und sein Finanzminister Gernot Mittler in den beiden nächsten Jahren dem Land weitere Investitionen ermöglichen. Das soll den Konjunkturaufschwung stärken. Die Haushaltspolitik, so Mittler, müsse sich aber stärker auf die Zukunftsfelder konzentrieren: Bildung, Forschung, Verkehr und innere Sicherheit.**

Wie problematisch das Etatgefüge inzwischen geworden ist, zeigen zwei Zahlenbeispiele. So nimmt das Land im nächsten Jahr rund 600 Mio. EUR weniger Steuern ein als noch im Jahr 2000 und der Etat muss mit dem Verkauf von Rechten an Wohnungsbau-



Ernst Scharbach

darlehen in Höhe von 1,2 Mrd. EUR gestützt werden. Für die innere Sicherheit steigen die Ausgaben nach 511,2 Mio. EUR in 2004 im Etatansatz für 2005 auf 530,7 Mio. EUR und auf 535,9 Mio. EUR in 2006. „Angesichts der Finanzlage ist das ein sehr respektables Ergebnis für die Polizei“, wertete GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach den Entwurf.

Im Gespräch mit dem GdP-Landesvorstand hatte Innenminister Walter Zuber die wichtigsten Etatposten für den Personalbereich der Polizei erläutert:

### Einstellungen:

In beiden Jahren können je 250 Polizeianwärterinnen und -anwärter bei den Polizeipräsidien eingestellt werden. Hinzu kommen die Ersatz Einstellungen für die bis dahin ausgeschiedenen Auszubildenden.

### Zweigeteilte Laufbahn:

Alle FH-Absolventen werden nach bestandener Prüfung auf

Planstellen übernommen und zu PK z. A. befördert. Die ASA läuft 2005 und 2006 mit je 150 Teilnehmern, die nach erfolgreichem Abschluss zum PK befördert werden. Dazu werden 300 Stellen von A 8 nach A 9 g. D. umgewandelt. Aus dem Jahrgang 1960 können nächstes Jahr 80 Kolleginnen und Kollegen im Bewährungsaufstieg zum PK ernannt werden, 2006 kommen 90 aus dem Folgejahrgang dazu. Für den Erweiterten Bewährungsaufstieg stehen pro Jahr 100 Aufstiegsmöglichkeiten zur Verfügung. Für die Übernahme der PFA-Absolventen in den höheren Dienst werden 2005 zunächst acht und im Folgejahr weitere vier Stellen von A 11 nach A 13 h. D. umgewandelt.

### Beförderungen:

Die bisherige Beförderungspraxis soll in 2005 und 2006 fortgesetzt werden. Innenminister Walter Zuber sicherte der GdP zu, dass in beiden Jahren jeweils rund 2 Mio. EUR für diese Strukturmaßnahmen bereitstehen werden. Im Etat werden so viele Stellen in die nächst höhere Besoldungsgruppe angehoben, dass die Beförderungsfolgen auf dem bisherigen Niveau fortgeführt werden können. Über die Zahl von Beförderungen kann aber erst entschieden werden, wenn der Etat verabschiedet ist, stellte der Innenminister klar. Also: Alle „Meldungen“ hinsichtlich Beförderungsquoten sind bis zum Frühjahr nächsten Jahres reine Spekulation. Das ISM will jetzt zeitnah die Vorgaben für das Beurteilungsverfahren aus Anlass der Beförderungen veröffentlichen.

### Tarifbeschäftigte:

Der Personalabbau geht weiter. Im Rahmen der Etatbewirtschaftung muss auch der Tarifbereich der Polizei die „Effizienzrate“ von 1,8% erbringen. Dahin-



Innenminister Walter Zuber

ter verbirgt sich die Vorgabe, das Budget in jedem Jahr um diese Quote zu senken. Anders ausgedrückt: Die Polizeibehörden und -einrichtungen können in jedem der beiden Jahre rund 30 Tarifbeschäftigte nach ihrem Ausscheiden nicht mehr ersetzen. Die GdP lehnt diese Einschnitte ab, weil sie kontraproduktiv sind. Letztlich werden wieder mehr statt weniger Polizistinnen und Polizisten in Arbeitsbereichen von Technik, Verwaltung und Service eingesetzt werden müssen. Es sollte wenigstens gelingen, einige zusätzliche Ausbildungsstellen in diesen Bereichen zu finanzieren.

**Das aber ist jetzt Sache der Landtagsfraktionen. Sie sind gehalten, den Etatplan in dem einen oder anderen Punkt anders auszurichten. Die GdP wird dazu in den nächsten Wochen mit den Fachleuten der Fraktionen Gespräche führen. Das wird schwierig, denn neues Geld werden die Abgeordneten nicht zur Verfügung haben, es geht eher um ein Umschichten. Und Zeit bleibt auch nicht viel: Der Etat für 2005 und 2006 wird nämlich schon im Dezember in 3. Lesung vom Parlament verabschiedet werden.**

TW

## AKTUELL IN DIESER AUSGABE

### ■ LANDESHAUSHALT 2005 UND 2006

Seiten 1 bis 3

### ■ KURZ UND KNACKIG

Seite 4

### ■ AUS DEM HPRP

Seite 5

### ■ AUS DEN KREISGRUPPEN

Seiten 6 und 8

## GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-rp.de>  
<http://www.psw-rp.de>  
<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

[gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)  
[psw-rp@gdp-online.de](mailto:psw-rp@gdp-online.de)  
[psw-reisen-rp@gdp-online.de](mailto:psw-reisen-rp@gdp-online.de)

# Personalplanung Bepo verabschiedet

Zuber stellt die Eckwerte vor

**Mit Blick auf den Großeinsatz anlässlich der Fußball-WM 2006 wird die Bereitschaftspolizei in den beiden nächsten Jahren personell verstärkt und in ihrem hohen Leistungsniveau stabilisiert. Die Polizeipräsidien und übrigen Polizeieinrichtungen profitieren von dem verbesserten Einsatzpotenzial. Innenminister Zuber sagte im Gespräch mit dem GdP-Landesvorstand ausdrücklich zu, dass die bei den Polizeipräsidien eingestellten jungen Polizistinnen und Polizisten nach jeweils rund zweijähriger Verwendung bei der Bereitschaftspolizei wieder zu ihrem „Heimat-Präsidium“ zurückversetzt werden.**

Die monatelangen Vorbereitungsarbeiten für die Entwicklung der künftigen Personal- und Einsatzkonzeption der Bereitschaftspolizei stehen vor dem Abschluss. Innenminister Walter Zuber und Personalreferent Dieter Täffler erläuterten dem GdP-Vorstand die Eckwerte der Planungen:

■ Nach ihrer FH-Ausbildung werden die seit 2001 bei den Polizeipräsidien eingestellten jungen Polizistinnen und Polizisten von ihrem Polizeipräsidium zur Bereitschaftspolizei versetzt. Betroffen davon sind aus dem

FH-Abschlussjahrgang 2005 insgesamt 320 neue Kommissare z. A., 2006 werden es voraus-



**Neue Planung für die Bereitschaftspolizei: Dieter Täffler, Personalreferent Polizei im Innenministerium**

sichtlich 200 sein. Ab 2007 steigt die Zahl auf 250 pro Jahr. Damit wird die Einsatzfähigkeit der Bereitschaftspolizei gesichert.

■ Die Versetzung der Kommissare z. A. zur Bereitschaftspolizei erfolgt jeweils am 1. 5. eines Jahres. Sie werden für rund zwei Jahre Dienst in den Einsatzhundertschaften der Bereitschaftspolizei verrichten. Danach werden sie zurück zu ihrem „Heimat-Polizeipräsidium“ versetzt. Innenminister Walter Zuber: „Daran wird nicht gerüttelt. Die Rückversetzung zum Präsidium, das die Einstellung vorgenommen hat, ist Eckpunkt der neuen Konzeption. Die jungen Kommissare z. A. können sich darauf verlassen.“ Damit nimmt der Innenminister Forderungen auf, die neben der GdP auch die Kolleginnen und Kollegen der JAV eingebracht hatten.

■ Der Personalstand der Bereitschaftspolizei wird sich nach den

Zuversetzungen in den Jahren 2005 und 2006 ein gutes Stück erhöhen. Das ist notwendig, um die Einsatzfähigkeit auf den Großeinsatz Fußball-WM 2006 auszurichten. Die Personalkonzeption setzt aber parallel auch auf Qualitätssicherung: In allen Einsatzhundertschaften soll ein Personensockel aus erfahreneren Einsatzbeamtinnen und -beamten gebildet werden; er wird etwa ein Drittel der jeweiligen Hundertschaft ausmachen.

■ Die Bereitschaftspolizei wird wie bisher die Polizeipräsidien im Rotationseinsatz verstärken. Insgesamt wird dafür rund ein Drittel der Kräfte zur Verfügung stehen, also etwa 190 Beamtinnen und Beamte.

■ Aus einem besonderen Stellenpool wird die Bereitschaftspolizei künftig direkten Personalersatz für die Polizeipräsidien bei Fällen von Erziehungsurlaub stellen. Dafür steht ein Personalersatz von 40 Polizistinnen und Polizisten. Die GdP legt dabei großen Wert auf einen unmittelbaren Personalersatz vor Ort, also z. B. in der Schicht, in der eine Kollegin oder ein Kollege Erziehungsurlaub in Anspruch nimmt. Innenminister Zuber sicherte zu, die Polizeipräsidien entsprechend anzuweisen.

■ Das Versetzungsverfahren von der Bereitschaftspolizei zu den Polizeipräsidien und übrigen Polizeieinrichtungen wird mit der neuen Einsatz- und Personalkonzeption harmonisiert. Zum 1. 5. 2005 werden 200 Polizistinnen und Polizisten von der Bereitschaftspolizei zu den anderen Dienststellen versetzt. Nach der Fußball-WM folgen im Versetzungsverfahren am 1. 8. 2006 wei-



**Helmut Knerr, stellvertretender GdP-Vorsitzender: „Die GdP ist mit der Personalplanung sehr zufrieden. In allen wesentlichen Punkten wurde den Vorschlägen unserer Gewerkschaft gefolgt.“**

tere 260 Polizistinnen und Polizisten. Das Innenministerium geht davon aus, dass aus beiden Versetzungsraten ein Kontingent von etwa 410 Polizistinnen und Polizisten zur Verwendung in den Polizeipräsidien kommen wird. Das ist eine deutliche Verstärkung insbesondere für die Schichten in den Polizeiinspektionen. ■ Das Konzept geht jetzt in den Abstimmungsprozess mit dem Hauptpersonalrat Polizei und vor Ort mit dem Personalrat bei der Direktion der Bereitschaftspolizei.

TW



**Ausgabe:**  
Landesbezirk Rheinland-Pfalz  
**Geschäftsstelle:**  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz  
Telefon (0 61 31) 96 00 90  
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99  
Internet: <http://www.gdp-rp.de>  
E-Mail: [gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)

**Redaktion:**  
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)  
Polizeipräsidium Westpfalz  
67621 Kaiserslautern  
Telefon (06 31) 3 69 23 13  
Telefax (06 31) 3 69 23 14  
E-Mail: [jmoser@gdp-online.de](mailto:jmoser@gdp-online.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-2 22  
Anzeigenleiter: Michael Schwarz  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28a  
vom 01. 04. 2003

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

Anzeige

## Neues Auto?

Günstige Konditionen  
beim

**Polizeisozialwerk**  
Rheinland-Pfalz GmbH

0 61 31 - 9 60 09 31

KRIMINALPOLIZEI

# Gute Lösungen für die Optimierung der Verbrechensbekämpfung

**Nach Abstimmung mit der Justiz und dem Parlament wird das Innenministerium den Polizeipräsidenten die weiteren Rahmenaufträge zur verbesserten Bekämpfung der Kriminalität an die Hand geben. Im letzten noch offenen strittigen Punkt konnte sich die GdP mit ihrer Auffassung durchsetzen, es bei der bisherigen Kommissariatserteilung für die Sachbearbeitung zu lassen.**

Manchmal müssen die Dinge wachsen. Sah es noch vor einigen Monaten so aus, als ob Aufbauorganisation und Aufgabenzuschneide



**Bernd Becker:** „Die GdP hat sich früh und intensiv in die Diskussion um die Fortschreibung der Polizeiorganisation eingebracht.“

der Polizei- und Kriminalinspektionen auf neue Füße gestellt werden, gibt es jetzt nach rund einjähriger Diskussion ein Konzept für die Optimierung der Verbrechensbekämpfung, das auf den bewährten Strukturen aufsetzt und genau an den richtigen Stellen behutsam nachjustiert. Bernd Becker, stellvertretender Landesvorsitzender und zuständig für Angelegenheiten der Kriminalpolizei: „Die GdP hat sich früh und intensiv in die Diskussion um die Fortschreibung der Polizeiorganisation eingebracht. Unsere Linie war es von Anfang an, nicht neu zu organisieren, sondern die bestehende Organisation insbesondere an den Stellen nachzubessern, an denen die Praxis sich schon effizientere Wege gesucht hat. Genau dieser Philosophie tragen die jet-

zigen Weichenstellungen des ISM Rechnung. Und das ist gut so, findet der GdP-Landesvorstand.“ Zustimmung kommt auch von Vertretern anderer Berufsverbände, die sich ebenfalls positiv geäußert haben. Über die ersten Bausteine des Konzeptes hatte die GdP bereits ausführlich informiert. Hier in Kürze noch einmal die wichtigsten Weichenstellungen:

**Der Bearbeitungsanteil der Polizeiinspektionen** mit Kriminalbeamtinnen und -beamten an der Kriminalitätsbekämpfung wird landesweit bei 80% eingependelt. Die Aufgabenzuweisung wird so angepasst, dass eine „Grundzuständigkeit“ dieser Polizeiinspektionen entsteht. Innerhalb der Inspektion wird die bisherige starre Bearbeitungszuständigkeit zwischen Bezirksdienst und Schichten aufgegeben.

Die **Jugendsachbearbeitung** bleibt bei den städtischen Inspektionen, wird besser vernetzt. Ludwigshafen will ein Haus des Jugendrechtes einrichten, andere Präsiden wollen dem Modell folgen. Die **Fahndung** wird in allen Bereichen verstärkt, wobei auf den schon bestehenden Aktivitäten aufgebaut werden kann. Die Präsiden prüfen zurzeit, wie die Fahndung organisatorisch eingebunden werden kann. In Verfolgung des integrativen Ansatzes wird es zu einer Konzentration der **Verkehrs- und Kriminalprävention** kommen. Ein Vorschlag zur organisatorischen Anbindung der neu zu schaffenden Einheit lag bis Redaktionsschluss von DEUTSCHE POLIZEI noch nicht vor. Den Polizeipräsidenten ist die Entscheidung überlassen, ihren **Kriminaldauerdienst** anders zu organi-

sieren. Die GdP warnt davor, zur Nachtzeit auf einen Bereitschaftsdienst umzustellen. Das bringt personell kaum Einsparung,



**Verfechter einer optimierten Verbrechensbekämpfung: Gunter Fischer (oben), Leiter des Ministerbüros im ISM, und Joachim Laux (unten), Stv. Abteilungsleiter Polizei im ISM**



führt eher zu mehr Arbeitsverlastung auf die Schichten und Akzeptanzprobleme.

Die Ausweitung der sachlichen Zuständigkeit der Wasserschutzpolizei findet durchgängig Zustimmung. Offen war zum Schluss der gravierendste Punkt, nämlich die künftige **Kommissariatserteilung bei den regionalen Kriminalinspektionen**. Die Überlegungen gingen zunächst sehr stark in Richtung der Stärkung des tater- und deliktsbezo-

genen Ansatzes, den beispielsweise Baden-Württemberg für seine Organisation gewählt hat. Bei näherer Untersuchung zeigte sich aber schnell, dass diese Bedingungen nicht 1:1 auf Rheinland-Pfalz übertragen werden können. Andere Überlegungen, die Zahl der Kommissariate auf vier zu reduzieren und nur bei den personell besser bestückten Dienststellen eine breitere Fächerung der Kommissariate zuzulassen, sind auch vom Tisch. Es bleibt grundsätzlich bei der Einteilung in acht Kommissariate. Innerhalb des Rahmens können die Polizeipräsidenten jetzt prüfen, welche Kommissariate „in ihrer Führung bei gleichzeitiger Gewährleistung der spezialisierten Sachbearbeitung“, so Innenminister Zuber ausdrücklich im Gespräch mit der GdP, gebündelt werden sollen. Dabei soll auch mit Blick auf die Zusammenarbeit mit der Justiz der Grundsatz der Organisationsgleichheit gewahrt bleiben.

Bei diesem Thema stellt sich für die GdP sofort die Frage, ob mit einer Zusammenfassung von Führungsaufgaben in den Kommissariaten ein Rückschritt in den **Beförderungschancen** verbunden ist. Das wird nicht der Fall sein, versicherte Innenminister Walter Zuber der GdP. Man will baldmöglichst mit dem Hauptpersonalrat Polizei eine Fortschreibung der bisherigen Festlegungen für die Bewertung von Funktionen vereinbaren. Künftig soll es neben den Kommissariatsleitern wieder stellvertretende Kommissariatsleiter geben. Diese Funktion werde neu in den Katalog aufgenommen und könne mit A 12/A13 ausgewiesen werden. Darüber hinaus bleibt es bei der Möglichkeit, in allen Arbeitsbereichen der Polizeipräsidenten und Polizeieinrichtungen in Abstimmung mit dem ISM Funktionen für herausgehobene Sachbearbeiter auszuweisen, die mit A 12 belegt werden. So soll das Beförderunggefüge ausgeweitet werden. **TW**

# Sicherheit hat Vorrang

**Wer den Polizeiberuf wählt, weiß um das Einsatzrisiko. Gerade weil der Beruf aber so gefährlich ist, muss alles getan werden, damit größtmögliche persönliche Sicherheit für die Polizistinnen und Polizisten besteht. Deshalb ist es richtig, dass viele von ihnen im Dienst schussicherer Westen vertrauen. Hundertprozentigen Schutz bieten die Schutzwesten allerdings nicht.**

Bei Beschussprüfungen in Bayern wurden jetzt erstmals bei den neuen Schutzwesten, hergestellt aus dem Grundmaterial Zylon, Mängel festgestellt. Dem Beschussamt lagen drei häufig getragene Westen, bestehend aus 36-lagigen Zylon-Schutzpaketen, zur Beschussprüfung vor. Im sogenannten V-50-Test hielt eine 21 Monate getragene Weste dem Schusstest stand, bei einer 25 Monate getragenen Schutzweste wurde dagegen der Grenzwert knapp unterschritten. Eine weitere 21 Monate getragene Weste hielt bei drei aufgesetzten Schüssen, beim Winkelbeschuss mit 25 Grad führten aber zwei der vier abgefeuerten Projektile bei einer Geschwindigkeit von 410 m/s knapp zu Durchschüssen. Zur Erklärung: Ein 9-mm-Projektile erreicht etwa 350 m/s, wenn es aus



Hermann-Josef Barz

einer Handfeuerwaffe verschossen wird, etwa 410 m/s beim Abfeuern aus einer Maschinenpistole. Unter ungünstigen Bedingungen könnte daher beim Beschuss mit einer Maschinenpistole die Schutzweste durchdrungen werden. Das ISM sieht in den Mängeln eine Verletzung der vertraglich garantierten Sicherheitsqualität und fordert von der Herstellerfirma Second Chance Gewährleistung. Ältere Westen sollen ausgetauscht, die noch zu liefernden 914 Schutzwesten in besserer Qualität geliefert werden. In gleicher Weise reagierten die Länder Bayern, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und

Saarland gegenüber dem Hersteller. Insgesamt müssen 65 000 Schutzwesten Zug um Zug ausgetauscht werden, in Rheinland-Pfalz davon 4200. Kann oder will der Hersteller das nicht leisten, wird ein anderer Lieferant beauftragt. Gut ist, dass Innenminister Walter Zuber nicht mit Informationen hinter dem Berg gehalten hat. Die GdP begrüßt ebenso, dass nach Bekanntwerden der Sicherheitsmängel sofort und mit Nachdruck gegenüber dem Hersteller darauf gedrängt wurde, die Mängel zu beseitigen. Es wird auch geprüft, ob vorübergehend die Bezuschussung für privat beschaffte Schutzwesten wieder in Kraft gesetzt wird.

Hermann-Josef Barz, stellvertretender GdP-Landesvorsitzender, sieht nach dem Gespräch mit Innenminister Walter Zuber die richtigen Akzente gesetzt: „Das Innenministerium hat prompt reagiert, mit Transparenz Ängsten entgegengewirkt und alle notwendigen Schritte in die Wege geleitet, um Schutzwesten in besserer Qualität zu bekommen. Wir unterstützen diese Linie, weil Sicherheit Vorrang hat. Die GdP wird an dem Thema ganz eng dran bleiben.“

TW

## KURZ UND KNACKIG

### ■ Ruhestand

Hanns-Peter Ludwig, Leiter der Polizeiabteilung im ISM, wurde nach 19-jähriger Tätigkeit in dieser Aufgabe mit Erreichen der Altersgrenze von Innenminister Walter Zuber im Rahmen einer Feierstunde in den Ruhestand verabschiedet. Hauptpersonalratsvorsitzender Ernst Scharbach dankte für die langjährige Zusammenarbeit.

### ■ Mehr Saft

Die neuen zivilen Funkstreifenwagen der Polizei Rheinland-Pfalz werden mit leistungsstärkeren Starktonhörnern ausgestattet. Das kündigte Manfred Bublies, Referent für Technik im ISM, an. Die GdP hat darauf verwiesen, dass die bisherigen Signalanlagen nicht „genug Saft“ haben. Die technische Verbesserung führt für Verkehrsteilnehmer wie auch für die eingesetzten Polizistinnen und Polizisten zu mehr Sicherheit.

### ■ Bundespolizei

Der BGS wird in Bundespolizei umgetauft. Das kündigte Bundesinnenminister Otto Schily an. Der BGS habe sich in den letzten Jahren mehr und mehr zu einer Polizei des Bundes mit einzeldienstlich orientierten Aufgaben entwickelt. Die Bezeichnung Bundesgrenzschutz werde der Aufgabenvielfalt nicht mehr gerecht. Im Zuge der Umbenennung soll die Bundespolizei künftig wie ihre Kolleginnen und Kollegen in anderen EU-Ländern blaue Uniformen bekommen. Die Umstellung soll ab 2005 sukzessive und kostenneutral realisiert werden.

### ■ Fortbildung

Polizistinnen und Polizisten, die aus anderen Ländern nach Rheinland-Pfalz gewechselt sind, können im November an einem Fortbildungskurs bei der LPS teilnehmen. Es geht speziell um die Befugnisnormen im neuen POG und die Vorschriften über die polizeilichen Zwangsmittel. Das Seminar findet am 24. und 25. 11. 2004 statt. Anmeldungen gehen an das Referat 12 der LPS.

## PENSIONÄRE UND RENTNER

# GdP: Besser informieren

Wer nach einem langen Berufsleben in den wohlverdienten Ruhestand getreten ist, möchte doch hin und wieder Neuigkeiten aus seiner alten Dienststelle erfahren. Viele Pensionäre und Rentner würden gerne aktuell über besondere Entwicklungen informiert werden. Nicht selten mangelt es schon an der raschen Mitteilung, dass ein langjähriger Kollege verstorben ist, damit man kondolieren oder an der Beisetzungsteilnahme teilnehmen kann.

Die GdP hat deshalb bei Innenminister Zuber den Aufbau eines E-Mail-Verteilers angeregt, in den sich Pensionäre und Rentner aufnehmen lassen können. So wäre beispielsweise die zeitnahe Information über Todesfälle zu gewährleisten. Darüber hinaus könnte auch der Polizeikurier elektronisch zugesandt werden. Wir sind uns sicher, dass ein entsprechendes Angebot bei den Kolleginnen und Kollegen Anklang findet.

Übrigens: Man kann sich auch von der GdP aktuell über das Internet mit Informationen versorgen lassen. Wer den GdP-Newsletter beziehen will, kann sich auf der Homepage der GdP Rheinland-Pfalz eintragen: [www.gdp-rp.de](http://www.gdp-rp.de).

red

TARIFBESCHÄFTIGTE

# Beruflicher Aufstieg mit Fallstricken

**In den letzten Jahren haben sich bei vielen Arbeitern und Angestellten in der Polizei die Aufgabenzuschnitte in ihrem angestammten Arbeitsplatz gravierend verändert. Das kann im Einzelfall dazu führen, dass Arbeitsvertrag und Eingruppierung anzupassen sind.**

Für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen ist die Durchsetzung ihres Anspruchs in der



Annemarie Grindel und . . .

Regel ein mühseliges Unterfangen. Über Wochen müssen Aufzeichnungen gefertigt und zu einer neuen Arbeitsplatzbeschreibung zusammengefügt werden. Dann gilt es, die einzelnen Arbeitsvorgänge in ihrer Qualität zu bewerten, denn erst diese konkrete Zuordnung zu den Tätigkeitsmerkmalen einer Vergütungsgruppe gibt Aufschluss, ob die Höhergruppierung erreicht werden kann. Dafür gibt es dann zwei unterschiedliche Wege: Die Dienststelle kann aufgrund der getroffenen Feststellungen die Veränderung der Aufgabenzuschnitte zum Anlass nehmen, das Höhergruppierungsverfahren einzuleiten. Bei den Vergütungsgruppen ab IVa BAT muss dabei die Zustimmung des Innenministeriums eingeholt werden. Nicht in jedem Fall führt dies zum gewünschten Erfolg. Alternativ besteht die Möglichkeit, das Höhergruppierungsverfahren mit eigenem Antrag selbst zu betreiben. Wichtig ist in diesem Zusam-

menhang der Hinweis, dass nur der persönlich gestellte Antrag auf neue Eingruppierung und Bezahlung den Rechtsanspruch auf rückwirkende Bezahlung sichert. Oft dauert es viele Monate, bis über die Höhergruppierung entschieden ist. Bei den von den Dienststellen eingeleiteten Verfahren ohne persönlichen Antrag der Kollegin oder des Kollegen greift dieser rückwirkende Anspruch nicht.

Neben diesen Verfahren zur individuellen Höhergruppierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist es der GdP schon mehrfach gelungen, für eine Gruppe von Beschäftigten mit einem bestimmten Arbeitsfeld generelle Eingruppierungsrichtlinien durchzusetzen. So beispielsweise für die Angestellten in der Datenerfassung oder die Systemtechniker bzw. System- und Anwendungsbetreuer.

Aktuell laufen Gespräche mit dem Innenministerium, um für die Gruppe der Schreibkräfte eine veränderte und im Einzelfall auch besser dotierte Eingruppierung zu erreichen. Zum Hintergrund: Die klassischen Schreibkräfte gibt es bei den Polizei- und Kriminalinspektionen praktisch nicht mehr. Überwiegend verichten die als Schreibkräfte eingesetzten Kolleginnen und Kollegen Sachbearbeitung. Folglich müsste ihre bisherige Eingruppierung nach dem Schreibkräftetarifvertrag storniert, die Eingruppierung nach dem Allgemeinen Teil des BAT für die Sachbearbeitung veranlasst werden.

Mit entsprechenden Untersuchungen sind zurzeit die Polizeipräsidien beauftragt. Aus dem musterhaften Bewertungen einzelner Arbeitsplätze sollen Bewertungsmodule entwickelt werden, die es in der Folge erlau-

ben, die Tätigkeitsfelder der bisherigen Schreibkräfte neu einzustufen. Aus Sicht der GdP wird im Regelfall eine Einstufung nach Vergütungsgruppe VI b BAT Allgemeiner Teil erfolgen können. Finanziell hat dies für viele Kolleginnen und Kollegen zunächst nur geringe Auswirkungen, weil sie in der Kombination von



. . . Margarethe Relet setzen sich für eine bessere Eingruppierung der Schreibkräfte ein.

Bezahlung aus dem Schreibkräftetarifvertrag mit der Funktionszulage und der Bewährungszulage ein vergleichbares Gehalt schon bekommen. Der Schritt zur Eingruppierung als Sachbearbeiter/in hätte allerdings den großen Vorteil, dass diese Bezahlung auf Dauer gesichert bleibt. Der Schreibkräftetarifvertrag ist nämlich seit 1983 gekündigt und die Arbeitgeber wollen durchsetzen, dass die Funktionszulagen (sog. PC-Zulagen) überhaupt nicht mehr gezahlt werden. Das trifft heute schon neu eingestellte Kolleginnen und Kollegen, und es könnte für die Zukunft alle erwischen.

Die GdP hofft, dass die Untersuchungen in den Polizeipräsidien bis Jahresende abgeschlossen sind und danach auf der Grundlage der Bewertungsmodule den betroffenen Kolleginnen und Kollegen ein Angebot zur Umstellung ihrer Arbeits-

verträge gemacht werden kann. Dabei muss dann von der GdP auch noch ein besonderes Problem zur Seite geschafft werden: Die positiv von der Neubewertung ihres Arbeitsplatzes betroffenen Kolleginnen und Kollegen wären nach der Kündigung der Tarifverträge für das Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie für die Arbeitszeit eigentlich angehalten, per Unterschrift „freiwillig“ 40 Stunden in der Woche zu arbeiten und die Kürzung bzw. Streichung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes hinzunehmen. Das will die GdP auf jeden Fall verhindern. Wir werden weiter berichten.

TW

Anzeige

## Urlaubsreif?

Günstiger verreisen mit  
**PSW-Reisen**

Rheinland-Pfalz GmbH  
01801 PSW Reisen\*

oder

0 61 31 – 9 60 09 23

\*zum Ortstarif

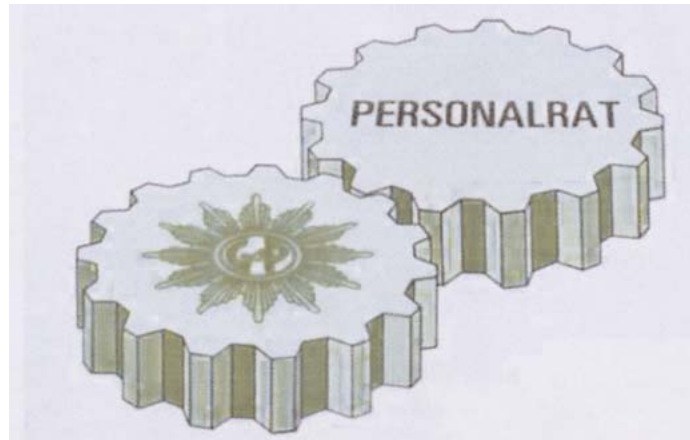
# Konsens zu Versetzungskriterien gesucht

Zu den **Versetzungskriterien** gab es weitere Verhandlungen zwischen ISM und dem HPRP. Inzwischen liegt auch die Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten vor. Es wurde vereinbart, gemeinsam mit den Gleichstellungsbeauftragten, dem ISM und dem HPRP nach einer Konsenslösung zu suchen. Die nächste Versetzungsrunde findet voraussichtlich bereits am 1. Mai 2005 statt.

Das ISM befindet sich in Abstimmung mit den anderen betroffenen Bundesländern, die ebenfalls **Schutzwesten** der Fa. Second Chance gekauft haben, in der juristischen Prüfung, wie die Gewährleistungsansprüche geltend gemacht werden können. Second Chance hat bisher die Übernahme der Gewährleistung nicht anerkannt.

Auf Bitte des HPRP teilte das ISM den Polizeibehörden mit, dass – zusätzlich zu den bestehenden 20 % der Antragsberechtigten – weitere Anträge auf **Altersteilzeit** genehmigt werden können, wenn KollegInnen den Beginn ihres Ruhestands freiwillig

hinausschieben. Dies beruht auf einer Vereinbarung zwischen ISM und HPRP aus dem Frühjahr 2004.



Der HPRP hat der Einstellung von drei **JuristInnen** zugestimmt. Sie werden dem PP Rheinland, dem LKA und der BePo zugewiesen. Der Jurist bei der BePo wird zusätzlich Aufgaben aus der ZPT wahrnehmen.

Der HPRP stimmte der „Innendienstlichen Regelung zur

langfristigen Erhaltung der Einsatzfähigkeit des **SEK**“ zu. Die KollegInnen können in den operativen Einheiten des SEK bis

tInnen entsprochen werden, „soweit rechtliche oder dienstliche Gründe nicht entgegenstehen.“ Das **MEK** wurde (auf Wunsch des LKA) nicht in die Regelung einbezogen – die Überlegungen seien noch nicht abgeschlossen.

Zu der neuen **digitalen Videodokumentation** aus den Streifenwagen hat der HPRP ein Positionspapier erarbeitet. Strittig sind die Regelungen zur Lösungs- und Auswertemöglichkeit der Aufnahmen. Der HPRP fordert die Wahrung der Rechte der BeamtInnen, die auf den Videosequenzen festgehalten werden.

L/PE Hans Maaßen und Projektleiter Jürgen Schmitt berichteten dem HPRP umfassend über den derzeitigen Planungsstand in Sachen **Fußballweltmeisterschaft 2006**. Die Vorbereitungen laufen nach Plan.

Die nächsten **Personalratswahlen** finden vom 25. bis 29. April 2005 statt.

**Dieter Kronauer (Arbeiter),  
Annemarie Grindel  
(Angestellte),  
Ernst Scharbach (Beamte)**

## BILDERAUSSTELLUNG



Seit Oktober stellt Melanie Hahmann, Jahrgang 1983, einige ihrer Bilder auf der Geschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei in Mainz-Hechtsheim aus.

Melanie ist Angehörige des 26. Studienganges und Tochter von Peter Hahmann, Verkehrsdirektion Koblenz.

Die Bilder sind noch bis Ende des Jahres zu besichtigen.

## AUS DEN KREISGRUPPEN



**Westerwald/Rhein-Lahn: Neuer Vorstand gewählt: Vorsitzender: Hans-Joachim Eggert, stellvertr. Vorsitzende: Margarethe Relet, Kassierer: Dietmar Trumm, stellvertr. Kassierer: Hans-Joachim Böhnke, Schriftführer: Richard Hannappel, stellvertr. Schriftführer: Joachim Bäcker, Frauen und Tarif: Sabine Günther, Öffentlichkeitsarbeit: Marcus Franke, Werbung u. Marketing: Peter Müller, Beisitzer: Ralf Pörtner, Frank Kolbe, Dieter Püsch, Peter Kaiser, Oliver Götsch, Michael Jungblut, Dieter Lay, Gerhard Schughart, Gerhard Jung, Sabrina Kunz und Manfred Mang. Unser Bild zeigt H.-J. Eggert (links) mit den Jubilaren.**

# Polizei-Sozialwerk Kreuzfahrt – Special 2005

Besuchen Sie mit uns die  
Metropolen der Ostsee!

Mit der **Costa MARINA**

vom **29.08. – 09.09.2005**



DATUM	TAG	HAFEN	AN	AB
29/08	Mo	KIEL	–	17.00
30/08	Di	BORNHOLM (Dänemark)	08.00	17.00
31/08	Mi	GDINGEN/Danzig (Polen)	08.00	18.00
01/09	Do	KLAIPEDA (Litauen)	08.00	17.00
02/09	Fr	RIGA (Lettland)	09.00	18.00
03/09	Sa	TALLINN (Estland)	12.00	18.00
04/09	So	ST. PETERSBURG (Russland)	08.00	
05/09	Mo	ST. PETERSBURG (Russland)		19.00
06/09	Di	HELSINKI (Finnland)	08.00	15.00
07/09	Mi	STOCKHOLM (Schweden)	08.00	18.00
08/09	Do	Erholung auf See	–	–
09/09	Fr	KIEL	10.00	–

Weitere Kabinen auf Anfrage!



## TEILNEHMERPREISE pro Person in EURO

KAT	DECK	KABINENTYP	● Innenkabine	○ Außenkabine	
2	Bolero	2 Unterbetten, Dusche, WC	●		1.590
4	Venezia/Laguna	2 Unterbetten, Dusche, WC	●		1.790
6	Aurora	2 Unterbetten, Dusche, WC		○	2.190
S	Laguna	Suite mit Balkon		○	3.590

Unser **PSW-Special** hat einen Gesamtwert von € 250,- pro Person:

- Landgang mit Stadtführung in Tallinn
- Getränke zu den Mahlzeiten an Bord
- PSW - Empfang auf See
- Bordguthaben € 100,-

Natürlich ist dieses Special im angegebenen Reisepreis bereits enthalten.

Dieses Angebot gilt bis zum 14.01.2005 für PSW-Kundenkarteninhaber.

Sie haben noch keine Kundenkarte? Anruf genügt und die Kundenkarte kommt

Weiter Informationen erhalten Sie unter 01801-PSW REISEN (01801-779734736)\*

\*zum Ortstarif





**Mainz: Neuwahlen bei der KG PP/PD Mainz führten zu folgen-**

**dem Ergebnis: Vorsitzender: Michael Schweikhard (Foto), Stellvertreter: Anne Knewitz, Berthold Reinert, Ingo Schütte, Kassierer: Hans-Peter Jung, stellvertr. Kassierer: Markus Kaiser, Schriftführer: Markus Scheid, stellvertr. Schriftführer: Hilde Oschewsky-Breit, Beisitzer: Thomas Nesor, Dominik Sienkiewicz, Stefanie Krahorst, Burkhard Busch, Jürgen Hilf, Peter Weber, Bernd Dürrfeld, Reinhard Ueding, Andrea Schulz-Sedat, Norbert Kramer, Willi Groten, Wolfgang Hoes, Sandra Nauth, Daniel Herfen, Stefan Walther, Matthias Reckert, Wolfgang Nüßlein, Wilfried Martin, Kassenprüfer: Peter Vreden und Michael Krausch**



**Koblenz: Ergebnis der Neuwahlen der KG BePo Koblenz: Vorsitzender: Jürgen Weick (Foto), Stellvertreter: Dieter Wolff, Kassierer: Oliver Schneidereit, Stellvertreter: Tobias Weber, Schriftführer: Frank Schmitz, Stellvertreter: Anke Zimmermann, Kassenprüfer: Michelle Neidhöfer, Tobias Busch, Beisitzer: Walter Schmitz, Manfred Jakobs, Falk Zimmermann, Anke Zimmermann**



**Unter der Leitung vom Bezirksgruppenvorsitzenden Jöbi Barz wurden bei der KG PD Mayen Neuwahlen durchgeführt. Die Versammlung wählte Norbert Puth erneut zum Vorsitzenden, die Kollegin Christiane Schäfer zur Stellvertreterin, Adele Gimnich zur Kassierererin und Wolfgang Behrens zum stellv. Kassierer. Nach der Wahl der Delegierten zur GdP-Bezirkskonferenz wurde die Kandidatenliste zur Wahl des örtlichen Personalrates und des Gesamtpersonalrates beschlossen. Auch Ehrungen standen an. Im Rahmen der Versammlung wurden für 25-jährige Mitgliedschaft Jochen Stein, Michael Meyer, Peter Lanser und Andreas Tibo geehrt. Auf 50 Jahre Mitgliedschaft kann der Kollege Karl Braunstein stolz sein. Unser Bild zeigt Norbert Puth (links) mit den Geehrten.**



**Pirmasens: Reimund Wahl (rechts) wurde in der Mitgliederversammlung der Kreisgruppe PD Pirmasens zum neuen Vorsitzenden gewählt. Stellvertreter wurden Jakob Krob (links) und Manfred Bernhardt (Mitte), Kassierer Karl Knerr und Michael Weber, Norbert Groh und Regina Funke wurden Schriftführer, Uwe Hauenstein und Lutz Schwab Kassenprüfer. Weiterhin gehören zum Vorstand: Joachim Majer, Jürgen Körper, Karl-Günther Fitzner, Benno Burkhart, Eugen Burkhart, Willi Schütz, Daniela Wolle, Theo Caspar und Heinrich Raquet**

## WIR TRAUERN UM

**Hans-Werner Fuchs, PD Kaiserslautern, 56 Jahre  
Erna Weinzettel, PP Westpfalz, 92 Jahre  
Johann Stenner, Wasserschutzpolizei, 82 Jahre  
Heinrich Mumm, PP/PD Mainz, 61 Jahre  
Richard Schneider, PP/PD Mainz, 81 Jahre**

*Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.*